

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 28.04.2015
öffentlicher Teil

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar

Herr Carsten Krumhöfner

Herr Holger Nolte

stellv. Vorsitzender

bis 17:45 Uhr, TOP 9

Herr Alexander Rüsing

Frau Carla Steinkröger

SPD

Herr Hans-Jürgen Franz

Herr Ulrich Götde

Frau Regina

Klemme-Linnenbrügger

Herr Detlef Knabe

Herr Jörg Rodermund

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn

Frau Doris Hellweg

Herr Jens Julkowski-Keppler

Vorsitzender

BfB

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Beratende Mitglieder

FDP

Herr Gregor Spalek

Vertreter Fraktion

Sachkundige Einwohner

Herr Friedhelm Donath

Seniorenrat

Herr Jürgen Heuer

Beirat für Behindertenfragen

Herr Cemil Yildirim

Integrationsrat

ab 17:15 h, TOP 3.1

Verwaltung:

Frau Anja Ritschel
Herr Martin Wörmann
Herr Uwe Hofmeister
Herr Bernd Reidel

Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz
Umweltamt
Umweltamt
Umweltamt

Schrifführung:

Frau Christina Rebbe

Umweltamt

Nicht anwesend:

Entschuldigt fehlen:

Bürgernähe/Piraten
Herr Martin Schmelz

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Julkowski-Keppler begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er erklärt, nach Versand der Einladung seien noch zwei Anfragen fristgerecht eingegangen. Diese lägen als Tischvorlage vor und seien im Ratsinformationssystem einsehbar. Sie sollen als TOP 3.1 und TOP 3.2 behandelt werden.

Weiterhin habe es einen Antrag der FDP-Ratsgruppe gegeben, der jedoch zuständigkeitshalber an den Stadtentwicklungsausschuss weitergeleitet worden sei.

Herr Julkowski-Keppler begrüßt Herrn Donath vom Seniorenrat zu seiner ersten Sitzung in der laufenden Legislaturperiode.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist einverstanden. –

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 17.03.2015

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1384/2014-2020

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 17.03.2015 (Nr. 4) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

– bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Natur erleben**

Frau Ritschel stellt die Broschüre „natur erleben“ vor.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Zu Punkt 2.2 **Themenwoche Artenvielfalt**

Frau Ritschel verweist auf die Themenwoche „Artenvielfalt“ vom 05.06. bis zum 13.06.2015 und verteilt einen Flyer dazu.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Zu Punkt 2.3 **Fairtrade-Veranstaltung 2015**

Frau Ritschel weist auf die Fairtrade-Veranstaltungen 2015 hin. Es habe einen Ratsbeschluss zur Zertifizierung gegeben. Nach nunmehr zwei Jahren sei die Rezertifizierung erfolgreich durchlaufen worden. Bielefeld ist für die kommenden fünf Jahre Fair Trade-Stadt.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Zu Punkt 2.4 **Friedhofssatzung**

Frau Ritschel teilt mit, dass die Vorlage zur Friedhofssatzung unter der Drucksachennummer 1330/2014-2020 zur Verfügung stehe. Die Satzung sei zusammen mit der AG Friedhöfe erarbeitet worden und bereits vom Betriebsausschuss Umweltbetrieb auf den Weg gebracht worden. Sie werde nunmehr in den Bezirksvertretungen beraten, bevor sie in den AfUK gehe, um dann letztlich im Rat verabschiedet zu werden.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Zu Punkt 2.5 Tag gegen Lärm

Herr Wörmann verweist auf die verteilte Pressemitteilung zum Tag gegen Lärm am 29. April 2015.

Sachdienlich seien die Informationen wegen des Auftakts zur Öffentlichkeitsbeteiligung für den Bielefelder Lärmaktionsplan am 20. Mai 2015. Außerdem werde auf die Kartierungen des Eisenbahnbundesamt und deren Internetangebot unter www.laermaktionsplanung-schiene.de hingewiesen. Die Bielefelder Sanierungsstrecken der Bahn würden aktuell voruntersucht, mit ersten Maßnahmen im Bielefelder Norden rechnet die Bahn schon 2018.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Die Pressemitteilung ist als Anlage 1 Bestandteil dieser Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Luftreinhalteplan für Bielefeld (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1414/2014-2020

Text der Anfrage:

Das LANUV hat jüngst die Ergebnisse zur Luftreinhaltung für das Jahr 2014 veröffentlicht, wonach der Grenzwert für Stickstoffdioxid erneut überschritten wurde, d.h. seit 2009 im sechsten Jahr in Folge.

Am 20. März war in der NW zu lesen – „Weiter 20-Tonner auf der Stapenhorststraße, Kontrollen aber nur sporadisch“. Wenn man auch noch die möglichen Auswirkungen der Straßenbaustellen in 2015 mit in Betracht zieht, hat der Luftreinhalteplan (LRP) offenbar noch nicht die erwartete Wirkung entfaltet.

Vor diesem Hintergrund bitten wir zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz um die Beantwortung der folgenden Anfrage:

Luftreinhalteplan für Bielefeld

Wie sehen die Messwerte für das 1. Quartal in Bielefeld aus und lässt sich daraus prognostizieren, ob die Grenzwerte gemäß Luftreinhalteplan für 2015 erreicht werden können?

Zusatzfragen:

1. *Wie ist der Sachstand bzgl. der im Luftreinhalteplan festgesetzten Maßnahmen und welche davon liegen in der Umsetzungsverantwortung der Umweltverwaltung?*
2. *Welche Konsequenzen hat es, wenn auch in 2015 der Grenzwert für Stickstoffdioxid an der Stapenhorststraße überschritten wird?“*

Herr Wörmann trägt die Antwort der Bezirksregierung Detmold vor und ergänzt danach in Bezug auf die Fragestellungen, dass zu unterscheiden sei zwischen wesentlichen Maßnahmen, die rechnerisch einen deutlichen Beitrag zur Schadstoffreduzierung bringen, wie die Sperrung für LKW und die Verkehrsverflüssigung und begleitenden Maßnahmen, die zwar aus mehreren Gründen wichtig seien, aber nicht innerhalb weniger Jahre zu einer rechnerischen Entlastung in der Stapenhorststraße führen würden, wie beispielsweise die Radverkehrsförderung. Die wesentlichen Maßnahmen seien leider erst sehr spät von November 2014 bis März 2015 umgesetzt worden. Für die überwiegende Anzahl von Maßnahmen sei das Amt für Verkehr zuständig, das Umweltdezernat vertrete drei Maßnahmen:

- Die Umrüstung bzw. Neubeschaffung der Fahrzeuge der kommunalen Fahrzeugflotte, um die Schadstoffausstoß zu reduzieren.
- Die Umstellung der Straßenreinigung und Müllabfuhr auf Nebenverkehrszeiten.
- Die Öffentlichkeitsarbeit zum Betrieb von Einzelfeuerungsanlagen für feste Brennstoffe jeweils zu Beginn der Heizperiode.

Die Maßnahmen seien umgesetzt bzw. würden jeweils periodisch neu aufgelegt.

Die Wortbeiträge beziehen sich im Kern auf die Notwendigkeit zur konsequenten Durchsetzung des LKW-Durchfahrtsverbots auf der Stapenhorststraße.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Die Antwort der Bezirksregierung ist als Anlage 2 Bestandteil dieser Niederschrift.

Zu Punkt 3.2

Errichtung von Windenergieanlagen
(Anfrage der FDP-Fraktion vom 20.04.2015)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1443/2014-2020

Text der Anfrage:

Zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am

28.04.2015 stelle ich folgende Anfrage:

Planen die Stadtwerke die Errichtung von Windenergieanlagen auf den in dem Gutachten des Büros Kortemeier und Brokmann GmbH vorgesehenen Flächen?

Begründung:

Durch den nahenden Ausfall des Kernkraftwerks Grohnde verlieren die Stadtwerke einen wichtigen Energielieferanten und dadurch Einnahmen. Dies zwingt das städtische Unternehmen nach Alternativen zu suchen.

Frau Ritschel verliest die Antwort der Stadtwerke hierzu:

Die Stadtwerke haben im Verlauf des Jahres 2011 gemeinsam mit der Stadt Bielefeld in einem umfangreichen Prozess zur breiten Bürgerbeteiligung ein Energiekonzept für 2020 erarbeitet.

Es war ausdrücklicher Wunsch der beteiligten Bürger, dass die Windkraftpotenziale innerhalb Bielefelds nach Möglichkeit vorrangig genutzt werden sollten. Die Stadtwerke Bielefeld haben in Bröninghausen dazu eine Windkraftanlage errichtet und es ist beabsichtigt, weitere folgen zu lassen, sofern sie wirtschaftlich zu realisieren sind. Die Stadtwerke sind an der Nutzung aller weiteren Potenzialflächen zur Windkraftnutzung in Bielefeld grundsätzlich interessiert und stehen den Grundstückseigentümern als Ansprechpartner für die Umsetzung zur Verfügung.

Frau Ritschel verweist auf den Energiewende-Prozess der nach den Ereignissen von Fukushima in Gang gesetzt wurde. Seinerzeit habe die Bürgerbeteiligung ein klares Votum für mehr Windkraft in Bielefeld ergeben. Diese Empfehlung habe der Rat aufgegriffen und so beschlossen.

Herr Spalek sieht in der Flächennutzungsplanänderung ein „lex Stadtwerke“, bei dem am Ende die für Windenergie ausgewiesenen Zonen nur durch die Stadtwerke genutzt werden sollen.

Frau Ritschel widerspricht dem. Die Vorranggebiete orientierten sich an den rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen. Die Grundstückseigentümer seien frei in ihren Entscheidungen.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Zu Punkt 4

Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

- keine -

Zu Punkt 5 Anträge

- keine -

Zu Punkt 6

Mehr KWK in Sennestadt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1196/2014-2020

Herr Julkowski-Keppler weist auf den Beschluss der Bezirksvertretung Sennestadt hin und verliest diesen.

Herr Nolte regt an, dass der AfUK diese Initiative unterstütze.

Herr Julkowski-Keppler schlägt vor, dem Beschluss der Bezirksvertretung Sennestadt beizutreten.

Sodann fasst der Ausschuss den folgenden Beschluss:

Beschluss:

Wie die Bezirksvertretung Sennestadt begrüßt der AfUK die Initiative „Mehr KWK für Sennestadt“ auf der Grundlage des vorgelegten Konzepts „Ein Stadtteilnetz für die Sennestadt“. Es sollen alle Möglichkeiten für eine Förderung, die Umsetzung einer Netzplanung und die Vorbereitung zur Gründung der Netzgesellschaft als offene Dienstleistungsplattform für Wärme und Strom im Sinne des Konzepts vorangetrieben werden. Alle dazu erforderlichen Schritte sollen im bewährten Team gemeinsam erarbeitet und vor Ort durch die Sennestadt GmbH koordiniert werden.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Halbzeitbilanz Klimaschutz Handlungsprogramm 2008 - 2020

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1267/2014-2020

Herr von Spiegel kritisiert, dass eine Holzabnahme beim Holzkraftwerk der Stadtwerke erst ab einer Größenordnung von 10.000 m³ erfolge und damit vielfach eine Zulieferung aus dem Nahbereich an zu geringen Mengen scheitere. Das Material werde über mehrere 100 km angefahren.

Frau Ritschel stellt klar, dass eine Anlieferung aus einem Umkreis von maximal 100 km erfolge. Dies sei auch in der Vorlage dokumentiert.

Herr Rüsing sagt, dass die CDU die Halbzeitbilanz unterstütze. Er erkundigt sich nach der Legende zur Maßnahmentabelle und zwar zu der Spalte „Finanzielle Mittel, gering, mittel, hoch“.

Herr Hofmeister erläutert, dass die Liste im Jahr 2008 aufgestellt und

damals sehr allgemein gefasst worden sei, es erfolgte eine grobe Abschätzung und keine genaue Einstufung.

Herr Rüsing bittet darum, bei der nächsten Unterrichtung zu diesem Thema eine konkretere Definition mit aufzunehmen und auch auf einen zeitlichen Rahmen abzustellen.

Frau Ritschel sichert eine Konkretisierung zu.

Herr Hahn weist auf den CO₂-Anstieg beim Abschalten des Atomkraftwerks Grohnde hin. Zudem gibt er zu bedenken, dass der Anteil der erneuerbaren Energien lt. Ratsbeschluss bis 2020 bei 20 % liegen solle. Hier würden Windkraftanlagen vor Ort, mit denen auch ortsnah bei den Verbrauchern Strom erzeugt werden könne, erheblich helfen.

Herr Götde gibt an, dass seine Fraktion die Vorlage unterstütze.

Sodann fasst der Ausschuss den folgenden Beschluss:

Beschluss:

1. AfUK und StEA nehmen den Zwischenbericht zum „Handlungsprogramm Klimaschutz 2008 bis 2020“ – hier: Halbzeitbilanz – zur Kenntnis.
2. Der AfUK stimmt dem nachfolgend beschriebenen Vorgehen zur Fortschreibung des Handlungsprogramms Klimaschutz zu. Über die Fortschreibung der Bielefelder Klimaschutzziele entscheidet abschließend der Rat der Stadt Bielefeld.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Bericht aus dem Landschaftsbeirat

- keiner -

Zu Punkt 9

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

- keine -
